



## Detailansicht des Registereintrags

### Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland (VGSD) e.V.

Aktuell seit 15.05.2026 15:24:34

Eingetragener Verein (e. V.)

<b>Registernummer:</b>	R003339
<b>Ersteintrag:</b>	11.03.2022
<b>Letzte Änderung:</b>	15.05.2026
<b>Letzte Jahresaktualisierung:</b>	21.04.2026
<b>Tätigkeitskategorie:</b>	Berufsverband
<b>Kontaktdaten:</b>	Adresse: Alzheimer Eck 13 80331 München Deutschland  Telefonnummer: +498959908182 E-Mail-Adressen: info@vgsd.de Webseiten: <a href="https://www.vgsd.de">https://www.vgsd.de</a>

**Hauptfinanzierungsquellen** (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

**Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:**

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

170.001 bis 180.000 Euro

**Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:**

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,26

### **Vertretungsberechtigte Person(en):**

1. **Dr. Andreas Lutz**  
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Max Hilgarth**  
Funktion: Geschäftsführer
3. **Verena Voges**  
Funktion: 2. Vorsitzende
4. **Lars Bösel**  
Funktion: Vorstandsmitglied

### **Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):**

1. **Jörn Freynick**
2. **Lars Bösel**
3. **Dr. Andreas Lutz**

### **Gesamtzahl der Mitglieder:**

5.369 Mitglieder am 17.04.2026, davon:

4.592 natürliche Personen

777 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

### **Mitgliedschaften (2):**

1. BAGSV - Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstständigenverbände
2. vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft

## **Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**

---

### **Interessen- und Vorhabenbereiche (25):**

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Kultur; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Öffentliches Recht; Strafrecht; Arbeitslosenversicherung; Grundsicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherheit"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Bürokratieentlastung

**Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.**

### **Beschreibung der Tätigkeit:**

Zum Zweck der Interessenvertretung führen wir Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Vertreter/innen von Bundesministerien sowie weiteren politischen

Entscheidungsträger/innen, um auf notwendige gesetzgeberische Anpassungen für Gründer/innen, Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen aufmerksam zu machen. Hierzu erstellen und übermitteln wir Positionspapiere, Stellungnahmen und konkrete Änderungsvorschläge zu Regelungsvorhaben aus den Bereichen soziale Absicherung, Rechtssicherheit, Bürokratieabbau und Gründungsförderung.

Wir organisieren Fachgespräche, digitale Austauschformate und Informationsveranstaltungen, an denen regelmäßig Abgeordnete und Regierungsvertreter/innen teilnehmen. Darüber hinaus vernetzen wir unsere Mitglieder mit politischen Akteur/innen, um deren Praxiserfahrungen unmittelbar in den politischen Prozess einzubringen.

## Konkrete Regelungsvorhaben (12)

---

### 1. Rechtssichere Statusfeststellung

#### **Beschreibung:**

Wir setzen uns für die Novellierung des Statusfeststellungsverfahrens (§ 7a SGB IV) ein, um Rechtssicherheit bei der Beauftragung von Soloselbstständigen und kleinen Unternehmen zu erreichen. Die aktuell geltende Praxis der Deutschen Rentenversicherung führt zu hoher Rechtsunsicherheit und Verlust von Wettbewerbsfähigkeit bei Auftraggebern wie -nehmern, der Existenzbedrohung insb. kleinerer Auftraggeber, der extremen Bürokratisierung der Auftragsvergabe, einer Verdrängung von Selbstständigen in Zeitarbeit und der Verlagerung von innovativen Projekten ins Ausland. Dies ist verbunden mit der Abwanderung insbesondere von jungen und hochqualifizierten Erwerbstätigen und einer Verschärfung des Fachkräftemangels.

#### **Betroffenes geltendes Recht:**

SGB 4 [alle RV hierzu]

#### **Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

#### **Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2511240028 (PDF - 5 Seiten)

#### **Adressatenkreis:**

Versendet am 25.07.2025 an:

#### **Bundesregierung**

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

### 2. Umsetzung der EU-Richtlinie zur Plattformarbeit mit Augenmaß

#### **Beschreibung:**

Eng mit dem Anliegen "Rechtssichere Statusfeststellung" hängt die EU-Richtlinie zur Plattformarbeit (Interinstitutionelles Dossier: 2021/0414(COD)) zusammen, deren Umsetzung in deutsches Recht mit Augenmaß erfolgen muss. Ansonsten sehen wir die Gefahr einer zusätzlichen Erhöhung der Rechtsunsicherheit– aufgrund der unscharfen Plattform-Definition, fehlender Kriterien für Scheinselbstständigkeit und der Einführung einer Beweislastumkehr.

**Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

**3. Beitragsgerechtigkeit: Faire Bemessung der Sozialversicherungsbeiträge für Selbstständige**

**Beschreibung:**

72 Prozent der Solo-Selbstständigen sind gesetzlich kranken und -pflegeversichert. Sie müssen mindestens 20 % höhere Beiträge bezahlen als Arbeitnehmer (AN) mit vergleichbarem Einkommen und deren Arbeitgeber (AG) zusammen. Dies führt zu einem mindestens 10 % niedrigeren Nettoeinkommen und verzerrt den Wettbewerb zu Lasten kleinerer Unternehmen, erschwert zudem den Zugang zu Sozialleistungen. Von diesen Folgen sind weibliche Selbstständige in besonderem Maße betroffen.

Hierfür gibt es drei Gründe. 1) Für Selbstständige gelten 2,33-mal so hohe Mindestbeiträge wie für AG und AN zusammen. 2) Der rechnerische AG-Beitrag zählt (anders als bei AG) nicht als Betriebsausgabe und muss nochmals verbeitragt werden. 3) Auch Zinsen, Mieteinnahmen und weitere Einkunftsarten sind zu verbeitragen.

**Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2502080006 (PDF - 5 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 11.03.2024 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

**Bundesregierung**

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

#### 4. Faire Ausgestaltung der Altersvorsorgepflicht für Selbstständige (AVP)

##### **Beschreibung:**

Die AVP muss Rücksicht auf die große Mehrheit der Bestands-Selbstständigen nehmen, die gut für ihr Alter vorsorgt hat und hierzu langfristige Verpflichtungen eingegangen ist. Deshalb begrüßen wir, dass eine AVP nur für künftige Selbstständige gelten soll.

Der Bestandsschutz darf nicht umgangen werden, indem Bestandsselbstständige durch ein übergreifendes Statusfeststellungsverfahren "durch die Hintertür" in Pflichtversicherte umgewandelt werden und setzt deshalb eine rechtssichere Statusfeststellung voraus. Künftige Selbstständige müssen sich die Rentenversicherungsbeiträge leisten können, dies setzt Beitragsberechtigung voraus.

Das vorgesehene Opt-out bietet eine echte Wahlmöglichkeit nur dann, wenn es nicht auf Basis-Rentenversicherungen begrenzt ist.

##### **Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

#### 5. Altersvorsorge-Depot (AV-Depot)

##### **Beschreibung:**

Wir fordern die Einführung eines insolvenz- und pfändungssicheren AV-Depots, mit dem alle Bürger gezielt für ihr Alter vorsorgen können. Als Anlageinstrument sollen vor allem ETFs dienen, die breit diversifiziert sind und sich durch niedrige Kosten auszeichnen. Sie sollen mit vergleichbaren steuerlichen Vorteilen ausgestattet sein wie Basis-Rentenverträge und die Umwandlung in eine Rente oder einen Auszahlplan ermöglichen. Dabei soll jederzeit ein Anbieterwechsel möglich sein, um ausreichenden Wettbewerb sicherzustellen. AV-Depots sollten bei der AVP als Opt-out anerkannt werden, vor allem aber – als Lehre aus der Corona-Krise – den Bestandsselbstständigen eine insolvenz- und pfändungssichere private Altersvorsorge ermöglichen.

##### **Interessenbereiche:**

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

#### 6. Betriebliche Altersvorsorge für Selbstständige (BAV)

##### **Beschreibung:**

Oft wird beklagt, Selbstständige sorgen nicht ausreichend für ihr Alter vor.

Konsequenterweise sollte Selbstständigen deshalb ermöglicht werden, die als Angestellte begonnene BAV auch nach der Gründung mit denselben Vergünstigungen fortführen zu können. Da sie Arbeitgeber und -nehmer in einer Person sind und entsprechend auch beide Beitragsanteile alleine tragen müssen, sollten ihnen dabei im Sinne einer Gleichbehandlung auch dieselben Vorteile wie Arbeitgebern und -nehmern zugute kommen. Um allen Bürgern die Vorteile einer kostengünstigen privaten Altersvorsorge zu eröffnen, sollten AV-Depots generell als BAV-Durchführungsweg zugelassen werden.

##### **Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

## 7. Faire Mutterschutzleistungen für Selbstständige

### **Beschreibung:**

Selbstständige bezahlen höhere Krankenversicherungsbeiträge als Angestellte, erhalten aber häufig geringere Leistungen. Besonders bedrückend ist dies in Hinblick auf Mutterschutzleistungen, da diese erhebliche Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen haben. Während der Schwangerschaft, aber auch bei einer Arbeitsunfähigkeit bestehen in GKV und PKV erhalten selbstständige Frauen keine oder geringere Leistungen. Gegenüber Angestellten stehen sie zudem vor dem Problem der Absicherung von Betriebskosten. Hinzu kommen Nachteile beim Elterngeld.

### **Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

## 8. Fluktuierendes Einkommen, Gleichbehandlung mit Bauern

### **Beschreibung:**

Anders als bei Angestellten schwanken die Einkünfte von vielen Selbstständigen über die Jahre hinweg erheblich, es kann sogar Jahre mit einem negativen Verlust geben. Dies führt dazu, dass Selbstständige aufgrund von Steuerprogression und Beitragsbemessungsgrenzen bei gleichem durchschnittlichem Einkommen deutlich höhere Steuern und Sozialabgaben als Angestellte bezahlen müssen. Wir fordern deshalb eine steuerliche Gewinnglättung, wie sie für Bauern beschlossen wurde.

### **Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

## 9. Umsatzsteuerbefreiung im Bildungsbereich

### **Beschreibung:**

Wir setzen uns für eine umfassende Umsatzsteuerbefreiung von Bildungsleistungen gemäß Artikel 132 der Mehrwertsteuersystemrichtlinie (MwStSystRL) ein. Der Regierungsentwurf zum Jahressteuergesetz 2024 widerspricht den EU-Vorgaben und schafft unnötige Bürokratie sowie Rechtsunsicherheit für Bildungsträger und freiberufliche Lehrende. Eine steuerliche Benachteiligung von Bildungsanbietern gefährdet den Zugang zu Bildung. Wir fordern eine rechtssichere, europarechtskonforme Umsetzung, die alle Bildungsformen umfasst und freiberufliche Lehrende schützt.

### **Bundesrats-Drucksachennummer:**

BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

### *Zuvor:*

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

**Bundestags-Drucksachennummer:**

BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

*Zuvor:*

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

**Betroffenes geltendes Recht:**

UStG 1980 [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

10. **Bürokratische Entlastung für Solo-Selbstständige**

**Beschreibung:**

Wir setzen uns für einen effizienten und praxisorientierten Staat ein

**Bundestags-Drucksachennummer:**

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Bürokratieentlastung

**Stellungnahmen/Gutachten (3):**

1. SG2502080007 (PDF - 2 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 04.07.2024 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. SG2511240027 (PDF - 4 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 05.09.2025 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. SG2511240029 (PDF - 5 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 25.07.2025 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

11. Aktivrente auch für Selbstständige

**Beschreibung:**

Gleichstellung selbstständiger und nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit im Aktivrentengesetz durch Einbeziehung von Solo-Selbstständigen und Kleinstunternehmer /innen in die steuerliche Begünstigung, um Diskriminierung zu vermeiden und das Fachkräftepotenzial vollständig zu nutzen.

**Bundestags-Drucksachennummer:**

BT-Drs. 21/2673 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter (Aktivrentengesetz)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

12. Erweiterung der Befugnisse von Bilanzbuchhaltern

**Beschreibung:**

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Steuerberatungsgesetzes im Rahmen des Gesetzentwurfs (BT-Drs. 21/4550) dahingehend, dass qualifizierte Berufsgruppen wie Bilanzbuchhalter/innen und Steuerfachwirt/innen eigenständig erweiterte Befugnisse erhalten, insbesondere zur Erstellung von Umsatzsteuer-Voranmeldungen, Einnahmen-Überschuss-Rechnungen und in definiertem Umfang Steuererklärungen. Zudem sollen praxisgerechte Schwellenwerte festgelegt und rechtssichere Rahmenbedingungen für eine arbeitsteilige Erbringung steuerlicher Leistungen geschaffen werden. Ergänzend wird eine Anpassung des Gewerbesteuerfreibetrags angestrebt.

**Bundestags-Drucksachennummer:**

BT-Drs. 21/4550 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

**Betroffenes geltendes Recht:**

StBerG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]

## Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2604200004 (PDF - 4 Seiten)

### Adressatenkreis:

Versendet am 07.04.2026 an:

#### **Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

#### **Bundesregierung**

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

## Angaben zu Aufträgen (0)

---

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

## Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

## Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

### **Gesamtsumme:**

0 Euro

## Mitgliedsbeiträge

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

### **Gesamtsumme:**

850.001 bis 860.000 Euro

## Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

---

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

JA-2025-Auszug-fuer-Lobbyregister.pdf